

Bewältigung von Großkatastrophen aus Sicht der Wissenschaft¹

Wolf R. Dombrowsky

Im Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit sind zwar nicht alle Wissenschaftsdisziplinen versammelt, die unsere akademische Landschaft ausmachen, doch wäre es ziemlich kühn, wenn ich mir angesichts der vielen Kollegen aus anderen Disziplinen, die dem Forum Format verleihen, anmaßen wollte, aus Sicht *der* Wissenschaft zu sprechen. Ich spreche aus wissenschaftlicher Sicht, wenn man damit unser Handwerk meint, und ich spreche als Soziologe zu Ihnen, wenn meine Disziplin gemeint ist. Gemeinsam, also interdisziplinär, tragen wir zur Bewältigung von Katastrophen bei und deshalb könnte *jeder* Kollege hier im Raume zum Thema sprechen. Dass dennoch der Soziologe spricht, könnte gleichwohl von Vorteil sein, weil die Soziologie, viel stärker als alle anderen Disziplinen, eine methodologische Fertigkeit entwickelt hat, die immer bedeutsamer wird: Reflexivität.

Dabei meint „Reflexivität“ nicht „über die Welt nachdenken“, sondern sich selbst beim Nachdenken über die Welt mitzudenken. Man könnte es auch „Beobachtung zweiter Ordnung“ nennen: Der Beobachter beobachtet sich beim Beobachten. Dies ist keine Schlaumeierei, sondern ein durchaus bedeutsames Problem, vor allem wissenschaftstheoretisch, weil es darauf verweist, dass wir alle im Strom der Zeit dahinfließen und dabei dennoch die Position bestimmen müssen, um überhaupt navigieren zu können.

Damit bin ich mitten in der Sache: Eine Frage, die mich seit den Anfängen meines Soziologie-Studiums beschäftigte, war und ist, ob – und wenn –, woran wir merken, was inmitten des uns umgebenden Gebrülls eigentlich wichtig ist? Man könnte es auch so formulieren: Jeder von uns ist jeden Tag Zeitzeuge, doch können wir nicht rund um die Uhr aufmerksam genug sein, um all die vielen „historischen“ Momente, auf die uns Kommentatoren und Medien aufmerksam machen, selbst ins Geschichtsbuch einzutragen. Wir sind dabei, aber zumeist so beiläufig, dass wir gar nicht so genau wissen, was gerade an Weltveränderndem passiert. Könnten wir es wissen, wenn wir uns bemühten? Hätten wir merken können, dass der Warschauer Pakt zerbrechen, die Mauer fallen wird? Die Frage ist höchst problematisch – für die Wissenschaften, weil sie deren Prognosefähigkeit berührt; für uns alle, weil sie unsere Wahrnehmungsfähigkeit und Urteilskraft berührt.

Wie steht es um alle zusammen, die Prognose-, Wahrnehmungs- und Urteilsfähigkeit, wenn wir unsere Zeitzeugenschaft im Bereich „Klimawandel“ reflektieren? Wie lange brauchte es, bis die Theoreme von der natürlichen Oszillation ausgewechselt wurden gegen Theoreme anthropogen überlagerter und schließlich induzierter Klimaänderung und weiter bis zu den heute vorherrschenden Ansätzen von CO₂-Reduktion und Anpassungsstrategien? Und wie lange brauchte es, bis wir Klima“katastrophe“ dachten? Woran haben wir das Katastrophale gemerkt? Oder haben wir noch gar nichts gemerkt? Ist uns nur immer und immer wieder gesagt worden, dass wir etwas *begreifen* müssen?

¹ Verschriftlichte und ausgearbeitete Fassung des freien Vortrags zum XIII. Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit „Das Udenkbare denken – Konsequenzen für den Bevölkerungsschutz in Deutschland nach der Katastrophe in Japan“, Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, am 30. Juni 2011

Tatsächlich merken wir noch keine Katastrophe; sie steht erst in Aussicht, sofern wir weitermachen wie bisher. Und können wir sicher sein, dass unsere Reaktionen den Eintritt der Katastrophe verhindern werden? Aus wissenschaftlicher Sicht eine ganz heikle Frage, weil ja die Intervention die Wirkung ist, die die Ursachen beseitigt und damit auch den Beweis ihres Zusammenhanges. Man kann das als theoretische Spielerei abtun, doch wird man dann auch eine Menge andere Überlegungen abtun müssen. Zum Beispiel diese: Was die Klimakatastrophe für den langen Weg des Klimawandels sein soll, sind Fukushima und zuvor Tschernobyl und Three Mile Island für den langen Weg der friedlichen Nutzung der Kernenergie schon gewesen, – zumindest in Deutschland. Bevor die Katastrophen eintraten, wurde mit ihnen gedroht, um das zu bewirken, was nun beschlossen wurde.

Braucht es also erst Katastrophen, um die Richtung zu ändern? Und ist die Richtung nach Katastrophen „richtiger“, oder entscheidet sich „Richtigkeit“ nur entlang der Zeit, in der Katastrophen ausbleiben? Eine befremdliche Idee, wenngleich Georges Cuvier darauf seine Evolutionstheorie gründete: Kataklysmen als Selektionskriterien richtiger oder falscher Entwicklung. Sollte der Kern dieser Idee zutreffen, stünde unser Forum vor einem unlösbaren Dilemma. In unserem Mühen, die Welt sicherer zu machen, indem wir Katastrophen zu vermeiden oder zumindest zu mindern suchen, beseitigten wir, – ungewollt aber unausweichlich –, die „Umkehrpunkte“ falscher Entwicklung – oder zumindest die „Wendemarken“ hin zum Erproben alternativer Wege.

Tatsächlich funktioniert „Entwicklung“ so: Täglich wuseln und probieren Millionen, wie sie besser über den Tag kommen, vielleicht sogar ihr „Glück“ machen. Heraus kommt unser *experimentum mundi*, unser Weltlabor auf Überlebenschancen, von denen sich einige als iPod und andere als Zitrone erweisen. Man kann es nie wissen, man muss es riskieren...

Die Frage ist nur, wie groß ein Risiko werden und wen es treffen darf? Und schon sind wir bei den „Großkatastrophen“ angelangt – und stehen auch dort vor einem eigentümlichen Problem. Es heißt „Skalierung“ und lässt sich trotzdem nicht messen. Dennoch ist die Skala offiziell, als Teil einer „Neuen Strategie“.² Nach ihr gibt es die alltäglichen Gefahren (Risikokategorie I), die mit den regulären Ressourcen von Rettungsdienst und Feuerwehr bewältigt werden können, sodann „nicht alltägliche, aber in der Regel mit den vorhandenen Kräften beherrschbare Schadenlagen“ (Risikokategorie II) und darüber hinaus dann die Risikokategorien III mit erhöhtem oder speziellem Ressourcenbedarf und Risikokategorie IV mit exklusiver spezieller operativer Vorhaltung (Task Forces) und Infrastruktur (Kompetenzzentren).

Danach kann man Großkatastrophen nicht messen, sondern nur im Rückschluss über Ressourcenbedarf ermessen: Sobald ein besonders erhöhter, exklusiver, spezieller Ressourcenbedarf samt Infrastruktur erforderlich werden, dürfte es wohl ziemlich ernst sein...

Den Wissenschaftler gruselts, weil so gar nichts passt. Nach dieser Skalierung waren die Katastrophen in unseren Flussniederungen allesamt keine Großkatastrophen; sie waren zwar nicht alltäglich, wurden aber mit den regulären Ressourcen bewältigt, zumindest bedurfte es keiner Task Forces und Kompetenzzentren. Ob man allerdings die „Schweinegrippe“ oder

² Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung, hrsg. v. Bundesverwaltungsamt und AKNZ, Bonn-Bad-Godesberg, Leipzig 2003: 43

„EHEC“ oder sogar den Polonium-Anschlag, der bis Hamburg schwappte, sogleich als Großkatastrophe titulieren sollte, nur weil sie Task Force und Kompetenzzentren zum Einsatz brachten, erscheint ebenso fraglich.

Genauer besehen stellen sich zwei Fragen: 1.) Lassen sich „Katastrophen“ überhaupt aus der Perspektive ihrer Schutzpotenziale ermessen? Und 2.) was passiert, wenn die Schutzpotenziale für Scheiternsfälle bemessen wurden, die es inzwischen nicht mehr gibt, weil aufgrund ihrer Eintritte die Weichen neu gestellt wurden?

Für die Beantwortung der zweiten Frage wären zuvörderst die Historiker zuständig. Sie könnten aus der Fülle des Vergangenen zahlreiche Beispiele beisteuern, die genau diese Entwicklung belegen. Allein die kurze Periode der frühen Industrialisierung zeigt, dass die Häufung ihrer spezifischen Schäden, von Kesselexplosionen über Materialermüdungen bis Wassereintritte im Bergbau, zu dem führte, was uns noch heute Grundlage technischer Sicherheit ist: Werkstoffkunde, Werkstoffprüfung, Gewerbeaufsicht, technische Überwachung, Normung und nicht zuletzt sanitätsdienstliche (Selbst-)Hilfe-Organisationen. Das Schadbringende wurde letztlich zu einer neuen Qualität *und* ihrer Überwachung und somit zu einer wechselseitigen Absicherung durch Inkorporation samt Verfahren, wobei sich die Verfahren wiederum auf dieselbe Qualität stützten, in Form ihrer Messbarkeit. Noch eindrücklicher ist die Erfolgsgeschichte der Brandbekämpfung, die sich aus einer bloß nacheilenden Löschfähigkeit emanzipierte und Inkorporationen durchsetzte, ohne die heute kein einziges Gebäude errichtet werden könnte. Ironischerweise reduziert der Erfolg des vorbeugenden Brandschutzes die Ursachen der Brandbekämpfung, so dass längst die ursprüngliche Kernaufgabe hinter den Sammelurien technischer Hilfen verschwindet und nach der angemessenen Dimension und Ausstattung von „Feuerwehr“ gefragt werden kann.

Die so beliebte Aussage, nach der vorgeblich alle gut aufgestellt sind, lässt sich, allein logisch, gerade nicht über die Aufstellung beantworten. Man ist nicht „gut aufgestellt“, weil man sich einmal gut aufgestellt hat, sondern man muss fragen, ob die einmalige Aufstellung noch angemessen ist für das, was gegenwärtig und zukünftig droht. Bewältigung von Großkatastrophen kann folglich nichts anderes bedeuten, als die fortwährende Überprüfung der vorhandenen Ressourcen an die Herausforderungen, die an sie herangetragen werden.

Zu Recht wird hier auf Gefährdungs-, Risiko- und Bedarfsanalysen hingewiesen und auf die fortlaufende Modernisierung der Ressourcen, nicht zuletzt mit Hilfe aller hier versammelten Wissenschaftsdisziplinen (- wobei ich mit einem gewissen Stolz auf den Anteil der Katastrophenforschung blicke -). Gleichwohl gibt es zu Selbstzufriedenheit keinen Grund. Eine „Wasserscheide“ der Bewältigbarkeit wird noch immer nicht hinreichend zur Kenntnis genommen. Ich charakterisiere sie mit Isaac Newton, um kenntlich werden zu lassen, dass der gegenwärtig existierende Katastrophenschutz eine „newton´sche“ Veranstaltung ist: Er stellt beinahe ausschließlich auf mechanische und thermische Extreme ab, gerät aber selbst in Schwierigkeiten, wenn es um nach-newton´sche Phänomene geht, um NBCR oder um Schadwirkungen ganz anderer Art, aus dem Bereich der Life Sciences, der IT, der Genetik oder der Biochemie und Pharmazie.

Allein wenn wir uns die Themenfelder ansehen, die unser Grünbuch ins Zentrum stellte, müssten wir ziemlich betreten sein, was Katastrophenschutz anbelangt. Längst hängt er selbst vollkommen von dem ab, dessen Ausfall ihn erforderlich macht: Verkehrsinfrastruktur, Elektrizität und Kommunikation. Und noch etwas haben wir durch unsere eigene Zusammenarbeit gelernt: Gern verwenden die Medien „Katastrophe“ als verkaufsförderndes Dramatikum, doch steckt zumeist nichts wirklich Ernstes dahinter. In ihrer kurzen Geschichte war die Bundesrepublik Deutschland noch nie, nicht einmal im Ansatz, in ihrer Existenz gefährdet – weder durch die Hamburger Flut 1962 noch durch die Oderflut 1997, schon gar nicht durch „Katastrophe“ geheiβene Unfälle wie Eschede 1998 oder Lengede 1963. Dies sei keine Respektlosigkeit oder gar Geringschätzung gegenüber den Opfern, sondern, im Gegenteil, Rückgewinnung der Dimension, die dem Katastrophalen inhärent ist: Triage.

Triage im Kontext von Katastrophe bedeutet wie in der Medizin, dass mit den verfügbaren Ressourcen nicht allen, nicht gleichzeitig und nicht gleich gut geholfen werden kann. Katastrophen sind extreme Knappheiten unter extremen Bedingungen. Man könnte es so ausdrücken: In viel zu kurzer Zeit werden viel zu Viele von dem entblößt, was sie zum Erhalt von Leben, Gesundheit und Eigentum nötig haben. „Katastrophenschutz“ wäre dann das Vermögen, möglichst Vielen in möglichst kurzer Zeit „funktionale Äquivalente“ zur Verfügung zu stellen, damit so wenig Leben, Gesundheit und Eigentum wie möglich beeinträchtigt werden.

Das Grünbuch entwickelte Szenarien, um Abläufe vorstellbar werden zu lassen. In diesem Sinne stelle man sich Ereignisse vor, die solcherart Triage erforderlich machen. Beim Erdbeben in China 2009 wurden 250.000 Menschen obdachlos; so viele sollen in Haiti ums Leben gekommen sein. Können wir uns so etwas für Deutschland überhaupt vorstellen? Eine Stadt der Größe Kiels? Und wohin evakuiert man 250.000? Noch ratloser standen wir alle vor der Situation Japans: Eine moderne Industriegesellschaft ähnlich der unseren sieht sich mit einem Schlag mit 16.600 Toten und 400.000 Obdachlosen in 2.200 Notunterkünften konfrontiert, die anfangs kaum zu versorgen waren.

Rechnen wir mit solchen Dimensionen, halten wir dafür Ressourcen bereit? Und wenn nicht, was bezeichnen wir dann aus welchen Gründen bei uns als „Großkatastrophe“? Wer jetzt antwortet, sollte sich im Klaren sein, dass er programmatisch wird. Das Meer des Möglichen ist riesenhaft, auch dessen, was verheerend schief gehen kann. Warum wird plötzlich „Kritis“ so bedeutsam? Warum Strom? Und wie sähe ein Rettungsschirm für die Elektrizitätsversorgung aus und wie ein Katastrophenschutz ohne kritische Infrastrukturen? Und warum besteht der Rettungsschirm für Banken aus dem, womit Banken handeln und nicht aus einem Katastrophenschutz, der Handel ohne Banken möglich macht? (Die Frage ist kein Scherz. Zu Zeiten des Kalten Krieges lagen in allen Gemeindefhäusern die Druckbögen für Lebensmittelkarten und Notgeld.)

Je mehr wir über Systemrelevanz nachdenken, desto klarer wird, dass „Großkatastrophe“ nur eines bedeuten kann: Systemgefährdung. Alles darunter ist überstehbar. Von Systemrelevanz aus gedacht müssen wir fragen, was unsere Gesellschaft in ihrer Existenz gefährden kann – was zu ganz anderen Antworten führt als alle konventionellen, newton'schen Katastrophen zusammengenommen. Damit ist zugleich eine Antwort gegeben: Bisher sind unsere Weichen noch nicht auf systemgefährdende Katastrophen gestellt, sondern nur auf die längst überver-

sorgten Fälle des newton'schen Spektrums. Wir fassen gerade erst den Mut, unter dem schlagenden Eindruck von Fukushima und wiederholter Systemkrisen im Finanzsektor, über systemgefährdende Störungen nachzudenken.

Behalten wir diesen Mut bei, wird uns vermutlich schnell schwarz vor Augen. Zum einen buchstäblich, im Falle von „BlackOuts“, – wozu das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag gerade eine eindruckliche Studie vorlegte,³ zum anderen im übertragenen Sinne von „schwarz sehen“: Längst haben wir uns mit Systemen umstellt, von deren reibungslosem Funktionieren unser aller Wohl und Wehe abhängt. Wir nennen es „Just-In-Time“, „Kühlkette“, „intermodale Verkehre“, „verlängerte Werkbänke“ – und wir kontrollieren all diese gekoppelten und verschränkten Systeme wiederum mit gekoppelten, komplexen Systemen bis hin zur Satellitenüberwachung. Ließe man allein die sogenannte „Sensorik“ in der Industrie für einen Moment ausfallen, brächen sämtliche Produktionsstraßen zusammen. Hinter unser aller Rücken werkeln Datenerfassungssysteme, die Daten zur Steuerung von Daten generieren, auf deren Integration wiederum neue, aggregierte Daten aufbauen, auf denen dann Entscheidungen getroffen werden. Fielen Elemente dieses Informationsprozesses aus, wäre es um unsere Weltwirtschaft geschehen. Noch machen wir uns keine Gedanken darüber, wer die Datenbanken besitzt, die Datenströme lenkt und die Differenzen erzeugt, auf die die Börsen reagieren. Wir machen uns kaum Gedanken darüber, wer die wichtigsten Patente besitzt und trickreich verlängert oder aufkauft, wer die Blaupausen der Natur zu „commodities“ modelt und damit die Welternährung kontrollieren wird, noch liegt uns fern, was zum Teil Jahrzehnte braucht, bis es als Trinkwasser aus dem Hahn kommt, aber schon jetzt chemo-pharmakologischen Ballast knapp unter der therapeutischen Wirksamkeitsgrenze transportiert. Es sind Katastrophen unterwegs, ganz anders, als wir sie gegenwärtig noch denken, für die wir noch gar nichts aufgestellt haben. Auf sie kämen wir gar nicht, wenn wir allein davon ausgehen, wie wir heute „aufgestellt“ sind.

Damit langan wir bei der noch offenen ersten Frage an, ob sich „Katastrophen“ überhaupt aus der Perspektive ihrer Schutzpotenziale ermessen lassen? In einer ersten Antwort war schon auf die implizite Tautologie hingewiesen worden, nach der die Aufstellung der Ressourcen nicht erkennen lässt, ob man gut aufgestellt ist. Wie gut oder schlecht man aufgestellt war, erkennt man erst, nachdem die Katastrophe, für die man sich aufgestellt wähnte, über einen hinweggefegt ist und man noch alle Sinne beieinander hat, um es überhaupt wahrnehmen zu können.

Das, was über einen hinweggefegt, manifestiert sich als Schaden. „Katastrophen“, so könnte man auch definieren, sind nichts anderes als die Summe aller Schäden. Auf sie hat sich „Schutz“ einzustellen. Stellte er sich auf Eintrittswahrscheinlichkeit ein, brauchten wir keinen. Zumindest liest es sich so in manchen Verlautbarungen zu manchen Risiken:

„Ein Reaktorunfall wie in Tschernobyl ist bei der Druckwasseranlage Grafenrheinfeld naturgesetzlich ausgeschlossen, da es sich hierbei um ein völlig anderes Reaktorprinzip mit einer nicht vergleichbaren technischen Ausstattung handelt. Ein Ereignisablauf in der Anlage, dessen Auswirkungen auf die Umwelt eine Einstufung in

³ Petermann, Thomas/Bradke, Harald/Lüllmann, Arne/Paetzsch, Maik/Riehm, Ulrich: Was bei einem Blackout geschieht. Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls. Berlin: edition sigma 2011

INES-Kategorie 7 rechtfertigen würde, liegt hinsichtlich seiner Eintrittswahrscheinlichkeit im Bereich des Restrisikos, also weit unter $10^{-6}/a$ (= Eintrittswahrscheinlichkeit 1 x in einer Million Jahren).“⁴

Liest man die Risikoformel angemessen, ergeben sich andere Einsichten: Um die große Zahl kollektiv unerheblicher Minimalschäden kümmert sich der Gesetzgeber nicht („de minimis non curat lex“) während er für erheblichere Schäden Rettungsdienst und für kollektiv erhebliche („de manifestis“-)Schäden Katastrophen- und Zivilschutz bereitstellt. Dabei unterliegt dem Rechtskonstrukt des „de manifestis-Schadens“ der ethische Grundsatz, jenseits bestimmter Größenordnungen nicht auf die Kosten der Hilfe zu schauen. Faktisch aber ist der ethisch-moralische Grundsatz ab einer gewissen Größe der Schadenslast gar nicht mehr finanzierbar. Ein „de manifestis“-Schaden mit kleinster Eintrittswahrscheinlichkeit bedeutet zwangsläufig entsprechend hohe Schadwirkungen. Letztlich entspricht die gegen Null gehende Eintrittswahrscheinlichkeit einem gegen Unendlich strebenden Schaden. Diese so genannten „low-probability/high-consequence“-Risiken stellen jedes Gemeinwesen vor Herausforderungen, für die de facto kein Katastrophenschutz ausgelegt werden kann. Seine Kapazitäten sind ja nach den Schäden zu bemessen, die eintreten können. Insofern erfordern low-probability/high-consequence-Risiken für die jeweilige Dauer des Risikointervalls (den so genannten „Wahrscheinlichkeitsraum“) die Vorbereitung auf die in diesem Intervall möglichen Schäden, da diese in jedem beliebigen Moment eintreten können (und nicht, wie Laien oft annehme, erst nach Ablauf des Intervalls). Geht man von einem „GAU“ pro 10.000 Jahre aus, dann müsste für 10.000 Jahre ein Katastrophenschutz konzipiert werden, der dem Schaden dieses GAUs angemessen ist. An Japan können wir gerade ablesen, was erwirtschaftet werden muss, um diese Verluste begleichen zu können.

Was sind die Konsequenzen, wenn man nicht moralisieren möchte? Aus moralischem Eifer lässt sich nämlich leicht argumentieren – bis hin zur Ablehnung aller kollektiven Risiken. Bleibt man jedoch „wagnisoffen“, weil Wagnisse vor allem Chancen bedeuten, dann wird die Abwägung komplizierter, weil man ein sozialverträgliches Maß finden muss, eine Übereinkunft über die kollektive Verteilung von Vor- und Nachteilen. Dieser Prozess wird nach Fukushima nicht mehr aufzuhalten sein. Es wird eine neue politische Kultur der Wagnisabwägung entstehen und eine neue Form des kollektiven Risikomanagements, bei dem nicht mehr bedenkenlos externalisiert werden kann.

Die Folgen für einen zukünftigen Katastrophenschutz werden ungleich schwerer abzuschätzen sein, weil der bestehende Katastrophenschutz nach wie vor ein interventionistisches Instrument ist, das nach Eintritt eines Ereignisses in Aktion tritt. Längst jedoch brauchten wir einen vorbeugenden Katastrophenschutz, ähnlich dem vorbeugenden Brandschutz, der, weit stärker als die bisherigen Instrumente in Genehmigungsverfahren, in die Raum- und Regionalplanung, in Produktion und Distribution und in die Sphären der Konsumtion integriert wird. Im systemrelevanten Katastrophenfall wären die Läden nach drei Tagen leer und unsere weitgehend urbane Gesellschaft in der Versorgungs- und dann schon in der Ernährungskrise. Wie aber garantiert ein Verteilungssystem, das radikal auf ökonomische Effizienz abstellt, eine Versorgung der Bevölkerung? Und wie entsteht ein Katastrophenschutz, der vor allem präventiv und in der Lage ist, Vulnerabilitäten zu erkennen und zu reduzieren? Dazu fehlen dem

⁴ Bayerisches Staatsministerium des Innern, Drucksache 16/5892 vom 15.11.2010: 2-3

gegenwärtigen Katastrophenschutz nicht nur die analytischen Kapazitäten, sondern vor allem die strukturellen Kompetenzen und Zuständigkeiten. Ein moderner Katastrophenschutz, der auf die beschriebenen kommenden Bedrohungen vorbereitet wäre und Gesellschaft vorbereiten könnte, existiert gar nicht. Um in diesem Sinne „modern“ zu werden, bedürfte es einer grundlegenden Reform staatlicher Daseinsvorsorge-Planung. Mit den bestehenden Ämtern für Katastrophenschutz wird dies schlicht unerreichbar bleiben.

Zudem brauchten wir aussagekräftige Daten. Bis heute wissen die Ämter für Katastrophenschutz nicht einmal, wie viele Einsatzkräfte im konkreten Eintrittsfall zur Verfügung stehen werden, welche Ausbildung sie haben, ob für sie Ablösung bereit steht und ob die IST-Stärken überhaupt erreichbar sind. Wohin man schaut, es fehlt an aussagekräftigen, vergleichbaren Statistiken. Die Gründe sind den Eingeweihten wohl bekannt – und damit auch die Tatsache, dass aus verbandlichen Interessen kein Katastrophenmanagement möglich ist: Wo keine exakten Zahlen, da keine Optimierbarkeit von Ressourcen und Bedarf. Ob es um die täglich verfügbaren Bettenkapazitäten in Krankenhäusern, die verfügbaren Fahrzeuge und Geräte oder um Ausbildungs- und Kenntnisstände geht, es fehlt schon an den Grundlagen. Als Wissenschaftler, der ohne Quantitäten auch nichts messen kann, fällt mir nur ein Urteil ein: Wir sind gar nicht gut aufgestellt. Was aber erst, wenn es wirklich knapp wird, wenn es um systemrelevante Katastrophen geht und nicht um Kataströphchen, bei denen sich die Einsatzkräfte drängeln, weil sie endlich einmal „Realität“ haben dürfen?

Wir brauchen dringend einen Nationalen Katastrophenschutzplan, eine staatliche Meldepflicht über (mindestens) wöchentliche Verfügbarkeit, einen Stärke- und Qualitätsnachweis der Einsatzkräfte (statt pauschaler Gesamt mengen), eine integrative Erfassung von Risiken hin auf einen halbjährlichen Risikobericht für die Bundesregierung und wir brauchen vor allem ein nationales Büro für vorausschauende Gefährdungsanalyse, um endlich sehen zu können, wo für wir welchen Schutz benötigen werden.